

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik am 9. September 2021, Laibach, Slowenien

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Teilnehmende der deutschen Delegation	2
II. Einführung	2
III. Ablauf der Tagung	2
IV. Eröffnungssitzung	2
V. Austausch mit Josep Borrell i Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik	3
VI. Herangehensweisen der europäischen Außenpolitik in einer multipolaren Weltordnung.....	3
VII. Förderung regionaler Partnerschaften in den Ländern des Westbalkans	3
VIII. Entwicklung von Fähigkeiten für den zivilen Schutz der EU und die Solidaritätsklausel: Die Integration des Militärs.....	4
IX. Schlusserklärung	5

I. Teilnehmende der deutschen Delegation

An der 19. Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen folgende Abgeordnete des Deutschen Bundestages teil:

Abgeordneter **Dietmar Nietan** (SPD), Delegationsleiter,
Abgeordneter **Christoph Neumann** (AfD),
Abgeordneter **Tobias Pflüger** (DIE LINKE.)

II. Einführung

Die IPC GASP/GSVP wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedsstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten mit der EU-Ratspräsidentschaft, dem Hohen Vertreter/der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertreterinnen und Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedsstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die 19. Tagung der IPC GASP/GSVP fand auf Einladung des slowenischen Parlaments (slowenische EU-Ratspräsidentschaft im 2. Halbjahr 2021) am 9. September 2021 in Form einer Videokonferenz statt. An der Konferenz nahmen 112 Delegierte aus 27 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament sowie neun Delegierte aus Serbien und aus fünf weiteren Partnerländern (Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Türkei und Vereinigtes Königreich) teil.

Die Konferenz war in eine Eröffnungssitzung und vier weitere Sitzungsabschnitte unterteilt. Die Schlusserklärung der Ko-Vorsitzenden mit den zentralen Forderungen ist unter Punkt IX dieser Unterrichtung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird am 24. und 25. Februar 2022 in Paris auf Einladung des französischen Parlaments stattfinden.

IV. Eröffnungssitzung

Monika Gregorčič, Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Politik des slowenischen Parlaments, begrüßte die Delegierten und erläuterte die Themenschwerpunkte der Konferenz. **David McAllister**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, konstatierte, dass die Situation in Afghanistan derzeit die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bestimme und forderte ein geschlossenes europäisches Vorgehen im Umgang mit den Taliban. **Igor Zorčič**, Präsident der slowenischen Staatsversammlung, sprach sich dafür aus, die Resilienz und die strategische Autonomie Europas zu stärken und die Entwicklung einer multipolaren Weltordnung zu fördern, um Frieden und Freiheit in Europa zu sichern. **Alojz Kovšca**, Präsident des slowenischen Staatsrats, fokussierte sich in seinen Worten auf die Stärkung der EU bei der Reaktion auf Krisen durch eine Forcierung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU.

„Gemeinsam stehen wir; gespalten fallen wir“ konstatierte **Borut Pahor**, Präsident der Republik Slowenien, in seiner Rede an die Delegierten. Er sprach sich für eine starke EU aus, welche sein Land mitgestalten wolle. Dabei sei die Entwicklung von strategischer Autonomie für die EU entscheidend, um ihre Ziele zu erreichen. Ebenso sprach er sich für eine Überarbeitung der EU-Verträge aus, um die Gemeinschaft effektiver und schlagkräftiger zu machen. Aus dem kurzfristigen Abzug der NATO-Truppen aus Afghanistan, der seiner Meinung nach ein Fehler gewesen sei, müsse die EU Lehren ziehen für zukünftige Auslandseinsätze und die Bekämpfung von Terrorismus. Europa brauche klare Positionen und müsse in der Lage sein, Frieden zu exportieren und Krisen abzubauen. Er forderte von der Europäischen Union eine Strategie zur Stärkung der Nachbarländer Afghanistans, um mit drohenden Flüchtlingsbewegungen umzugehen sowie den besseren Schutz der Außengrenzen der EU.

V. Austausch mit Josep Borrell i Fontelles, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik

Hauptthema im ersten Sitzungsabschnitt, der dem Austausch mit dem Hohen Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, **Josep Borrell i Fontelles**, diente, war die Situation in Afghanistan nach dem Abzug der NATO-Truppen und der erneuten Machtübernahme der Taliban. Der Hohe Vertreter drückte die Hoffnung aus, dass die Geschehnisse als Katalysator wirken könnten, um die EU-Außenpolitik zu stärken. Er betonte, dass eine pragmatische Zusammenarbeit mit den Taliban zur Linderung humanitärer Not keine politische Anerkennung des Regimes bedeute. Eine zukünftige Zusammenarbeit werde davon abhängen, ob das Land die Menschen- und Frauenrechte respektiere, den Terror bekämpfe, eine inklusive Regierung anstrebe, offene Grenzen zusichere und den Zugang für humanitäre Hilfe ermögliche. Mit Blick auf den Westbalkan konstatierte der Hohe Vertreter, dass die Region im Herzen Europas liege und die EU Reformen in der Region unterstütze sowie den Dialog zwischen dem Kosovo und Serbien vorantreibe, um einer friedlichen Koexistenz den Weg zu bereiten. Letztendlich müssten jedoch die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit einem einstimmigen Votum für eine Aufnahme bzw. für Beitrittsverhandlungen stimmen, gab der Hohe Vertreter zu bedenken und appellierte an die Delegierten, auf ihre Regierungen in diesem Sinne hinzuwirken. Mit einem Investitionsplan in Höhe von neun Milliarden Euro, der Investitionen von 20 Milliarden Euro generieren werde, wolle die EU dem Westbalkan wirtschaftliche Perspektiven eröffnen sowie die Infrastruktur und die Anbindung an die europäischen Wirtschaftsräume verbessern. Mit Blick auf China und Russland rief er die Delegierten zur Einigkeit auf, um dem Versuchen beider Länder zur Spaltung Europas zu begegnen. Er warnte vor bilateralen Alleingängen von Mitgliedsstaaten der EU, welche die gesamte EU schwächen würden. Abschließend berichtete der Hohe Vertreter, dass die EU-Kommission in Gesprächen mit den türkischen Partnern klar gemacht habe, dass sie auf weitere Provokationen der Türkei gegen Länder der EU mit unterschiedlichen Mitteln angemessen reagieren werde.

VI. Herangehensweisen der europäischen Außenpolitik in einer multipolaren Weltordnung

Im zweiten Sitzungsabschnitt zu den Herangehensweisen der europäischen Außenpolitik in einer multipolaren Weltordnung unterstrich der slowenische Außenminister, **Anže Logar**, die Komplexität der geopolitischen Lage und benannte die globalen Sicherheitsbedrohungen. Die Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und des Klimawandels und die Stärkung der Cyber-Resilienz seien nur durch multilaterale Ansätze zu erreichen. Besonders die Pandemie habe aufgezeigt, dass nationale Krisenlösungen nicht erfolgreich gewesen seien. Er forderte den Aufbau einer gemeinsamen europäischen Einheit zur Bekämpfung von Cyberangriffen, um den Schutz kritischer Infrastrukturen zu sichern. **Janez Lenarčič**, European Commissioner for Crisis Management, betonte, dass die EU weltweit der größte Geber von humanitärer Hilfe sei und beklagte, dass die Lücke zwischen Helfern und Hilfeempfängern größer werde; auch durch eine zunehmende Zahl an Krisen und Unwettern. Das europäische Emergency Response Communication Center habe bereits bei vielen Krisen erfolgreich durch die Koordination von Hilfsmaßnahmen geholfen. Meist nutze die EU Partner, wie die VN, zur Erbringung der Hilfe vor Ort; wo jedoch Lücken bestünden, plane die EU eigene Kapazitäten aufzubauen.

VII. Förderung regionaler Partnerschaften in den Ländern des Westbalkans

Matej Tonin, slowenischer Verteidigungsminister, sicherte den Ländern des Westbalkans jegliche Unterstützung seines Landes für Beitrittsverhandlungen mit der EU zu. **Marko Makovec**, Abteilungsleiter beim Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und stellvertretender Generaldirektor für Westeuropa, den Westbalkan, die Türkei und das Vereinigte Königreich, kündigte an, dass die EU-Kommission im Oktober 2021 plane, einen Gipfel auszurichten, um die Beitrittsverhandlungen zu unterstützen und über die weitere Integration des Westbalkans zu debattieren. Man unterstütze damit diese Priorität der slowenischen Ratspräsidentschaft und betone, dass der Westbalkan ein Teil Europas sei. **Radmila Šekerinska Jankovska**, Verteidigungsministerin der Republik Nordmazedonien, beklagte eindringlich den mangelnden Fortschritt bei den Beitrittsverhandlungen, obwohl man die Forderungen der EU weitestgehend erfüllt habe. Dieser Mangel an Fortschritt bei der Integration des Westbalkans lasse ein Gefühl der Enttäuschung in der Region entstehen. Man erwarte, dass die EU ihren Versprechungen nachkomme. Sie beobachte, dass die EU selbst oftmals ihr Versagen betone und ihre Erfolge leugne, anstatt Errungenschaften und Erfolge herauszustellen. Die EU werde von außen viel stärker wahrgenommen als von ihr selbst. Sie hoffe auf einen Durchbruch bei der Integration des Westbalkans in die EU mit der Unterstützung Sloweniens noch in diesem Jahr.

VIII. Entwicklung von Fähigkeiten für den zivilen Schutz der EU und die Solidaritätsklausel: Die Integration des Militärs

Den Delegierten wurde in diesem Sitzungsblock die Funktionsweise des slowenischen Zivil- und Katastrophenschutzes erläutert und die Eingriffsmöglichkeiten des Militärs aufgezeigt. **Dr. Hans Das**, Direktor für Notfallmanagement im Generaldirektorat europäischer Katastrophenschutz und humanitäre Hilfe, erläuterte, dass aufgrund einer zunehmenden Zahl von komplexeren und sektorübergreifenden Naturkatastrophen sowie der daraus folgenden Schäden an kritischer Infrastruktur die einzelnen Mitgliedsstaaten absehbar häufiger bei der Schadensbeseitigung überfordert sein würden. Deshalb sei der Aufbau einer strategischen Reserve an Hilfs- und Bergungsmaterial sowie von Einsatzkräften notwendig, die über die Mitgliedsstaaten verteilt vorgehalten werden sollte. Beispielfhaft nannte er die zur Waldbrandbekämpfung in Europa vorgehaltenen Kapazitäten von 18 Flugzeugen und Helikoptern und mehr als 3000 Feuerwehrleuten. Er forderte die Delegierten zur Analyse und zur Überarbeitung der Strukturen der Krisen- und Notfallbekämpfung in den Nationalstaaten sowie in Europa auf. **Srečko Šestan**, Zivilschutzbeauftragter der slowenischen Regierung, erläuterte den Organisationsaufbau des slowenischen Katastrophenschutzes, welcher primär auf Freiwilligendiensten basiere. Er führte ebenso aus, wie auf verschiedene Szenarien wie Feuersbrünste, Erdbeben, Flutereignisse und Erdrutsche reagiert und bei Bedarf die Zusammenarbeit mit dem Militär koordiniert werde.

Berlin, den 6. Dezember 2021

Dietmar Nietan

Leiter der deutschen Delegation

IX. Schlusserklärung

19. Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP/GSVP), 9. September 2021,

Videokonferenz

Gemeinsame Erklärung der Ko-Vorsitzenden

Vorbemerkungen

Die 19. Interparlamentarische Konferenz für die GASP/GSVP fand im Rahmen der parlamentarischen Dimension der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft am 9. September 2021 statt. Aufgrund der fortwährenden COVID-19-Pandemie wurde die Veranstaltung zum dritten Mal per Videokonferenz ausgerichtet. An ihr nahmen Abgeordnete aus den EU-Mitgliedsstaaten und dem Europäischen Parlament teil. Darüber hinaus nahmen Parlamentarier aus den EU-Bewerberländern und möglichen Bewerberländern sowie die nicht der EU angehörenden europäischen NATO-Mitgliedsstaaten, d.h. Montenegro, Nordmazedonien, Norwegen, Serbien und das Vereinigte Königreich, teil.

Wir, die Ko-Vorsitzenden der 19. Interparlamentarischen Konferenz,

1. stellen fest, dass die aktuellen internationalen Entwicklungen und Herausforderungen einschließlich der COVID-19-Pandemie die Welt, in der wir leben, vor enorme Probleme gestellt haben und sich auf Kernaspekte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU auswirken. Wir betonen, dass die EU auf der weltpolitischen Bühne mit einer gemeinsamen strategischen Kultur agieren muss, um als globaler Player eine noch bedeutendere Rolle zu spielen, und sich aktiv für die Stärkung des Multilateralismus einsetzen muss;
2. betrachten den weltweiten Ausbruch der COVID-19-Pandemie als Beschleuniger des Wandels im internationalen Umfeld und erinnern daran, dass dies für die EU die Chance bietet, ihre internationale Agenda neu zu definieren, um den neuen geopolitischen Herausforderungen zu begegnen;
3. stellen die grundsätzliche Bedeutung der innen- und außenpolitischen Resilienz der EU heraus, durch die die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern verstärkt wird, sich neue Partnerschaften herausbilden und die multilaterale Vision der EU in globalem Umfang gestärkt wird. Wir unterstreichen die Bedeutung der strategischen Souveränität der EU, die auf Offenheit, Multilateralismus und einer regelbasierten globalen Ordnung beruht;
4. stellen fest, dass die COVID-19-Krise die Notwendigkeit deutlich gemacht hat, die multilaterale Zusammenarbeit auszubauen, insbesondere in Bezug auf die globale Gesundheitspolitik und den wirtschaftlichen Aufschwung. Wir fordern, die Partner weltweit bei der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie weiter zu unterstützen und zu diesem Zweck die unmittelbaren Gesundheitsnotstände und humanitären Bedürfnisse anzugehen, die Gesundheitssysteme zu stärken und den wirtschaftlichen Aufschwung zu unterstützen;
5. begrüßen die fortwährenden Anstrengungen im Rahmen der *Team Europe*-Initiative und der *Coronavirus Global Response*-Initiative, z.B. die COVAX-Fazilität, die den Partnerländern bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie helfen. Wir fordern, COVAX als Instrument für die Einhaltung der Zusagen in Bezug auf die internationale Impfstoffsolidarität weiter zu unterstützen;
6. nehmen die gravierenden geo- und sicherheitspolitischen Implikationen des Rückzugs der internationalen Streitkräfte aus **Afghanistan** für das Land, seine unmittelbare Nachbarschaft und die internationale Gemeinschaft insgesamt zur Kenntnis. Wir äußern unsere Sorge angesichts der Bedrohungen, die aus diesem unberechenbaren Sicherheitsumfeld erwachsen können, und fordern deshalb alle Parteien auf, die Grundsätze des Völkerrechts, des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen zu achten. Wir heben hervor, dass diejenigen, die in Afghanistan Machtpositionen und Autorität innehaben, für den Schutz des Lebens und Eigentums der Menschen und die unverzügliche Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung zur Verantwortung bzw. Rechenschaft gezogen werden müssen. Wir bekräftigen erneut das Recht afghanischer Frauen und Mädchen, ebenso wie aller Menschen in Afghanistan, in Sicherheit und Würde leben zu können, und begrüßen die breite internationale Unterstützung für ihre Rechte und Freiheiten, die seit zwanzig Jahren integraler Bestandteil des Lebens von Frauen und Mädchen in Afghanistan sind. Wir fordern ein stärkeres Engagement von Seiten der internationalen Gemeinschaft, um potenzielle Gefahren im Zusammenhang mit einem instabilen Afghanistan zu verhüten bzw. zu bewältigen;

7. bekräftigen die Forderung, einen glaubwürdigen **EU-Erweiterungsprozess** zu beschleunigen und die Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie die voranschreitende Versöhnung in den Westbalkanstaaten klar in den Mittelpunkt zu stellen. Wir fordern alle Länder der Westbalkanregion auf, die Reformen umzusetzen, die der Verbesserung der institutionellen und sozioökonomischen Situation dienen. Wir begrüßen die aktive Beteiligung an regionalen Kooperationsinitiativen, darunter auch das Bekenntnis zu einem gemeinsamen regionalen Markt als Schritt auf dem Weg in die EU. Wir fordern verstärkte Maßnahmen, um den politischen Willen der Mitgliedsstaaten zur Aufnahme der Westbalkanstaaten zu festigen und zu gewährleisten, dass die Bürgerinnen und Bürger der Region enger an die EU angebunden werden und gleichzeitig vom Beitrittsprozess profitieren. Wir fordern die EU auf, die Einbeziehung der Länder in der Region in kohäsions- und außenpolitischen Fragen zu beschleunigen. Wir sind überzeugt, dass das modernisierte Instrument für Heranführungshilfe (IPA III) mithilfe einer verbesserten Konditionalität die Außenwirkung der EU-Finanzierung in der Region verbessern und spürbare Auswirkungen vor Ort bringen muss;

8. fordern den Hohen Vertreter, den Rat und die Mitgliedsstaaten auf, die **vollständige Integration der Westbalkanstaaten in die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU** zum Schwerpunkt im Rahmen des Strategischen Kompasses zu machen. Wir heben hervor, dass es dringend notwendig ist, erste zwischenstaatliche Konferenzen mit Nordmazedonien und Albanien anzuberaumen. Wir erinnern in diesem Zusammenhang daran, dass die EU „Partner erster Wahl“ sein sollte, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in der Region zu fördern. Wir unterstreichen, dass die Westbalkanstaaten von der Sicherheits- und Verteidigungskooperation auf EU-Ebene, z.B. der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit und dem Europäischen Verteidigungsfonds, profitieren sollten;

9. unterstreichen, dass eine enge Zusammenarbeit mit der Westbalkanregion, auch im Bereich der GASP/GSVP, im strategischen Interesse der EU liegt. Die Verbesserung der regionalen Partnerschaften mit den Ländern des Westbalkans mithilfe der GSVP bietet die zusätzliche Chance, die Bedeutung der europäischen Perspektive der gesamten Region in einem sichereren und stärkeren Europa zu bekräftigen. Die Stärkung der Partnerschaft und des strukturierten Dialogs mit den Westbalkanstaaten im Rahmen der GASP sowie die Beteiligung der Region an den EU-Verteidigungsprojekten und -initiativen werden zu einer verbesserten Zusammenarbeit in Verteidigungsfragen beitragen. Darüber hinaus wird dies die Kapazitäten und Fähigkeiten der EU und ihre Rolle als verlässlicher internationaler sicherheitspolitischer Akteur stärken. Diese gemeinsame Zusammenarbeit wird mithilfe einer gemeinsamen strategischen Kultur und des Aufbaus gemeinsamer Sicherheitsfähigkeiten der Union und ihrer Nachbarn eine bessere Integration der gesamten Region ermöglichen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit wird die bewährten Partnerschaften innerhalb der GSVP-Missionen und -Operationen mit den Westbalkanstaaten sowohl in der Region als auch darüber hinaus auf eine neue Ebene bringen;

10. betonen, dass der **Strategische Kompass** das Ziel hat, einen neuen Ansatz in Bezug auf Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften mit internationalen Organisationen und Drittstaaten zu entwickeln. Bislang haben die Dialoge im Rahmen des Kompass-Prozesses die Notwendigkeit bekräftigt, einen flexiblen und maßgeschneiderten Partnerschaftsrahmen aufzubauen, der den besonderen Gegebenheiten der jeweiligen Partner und der Bedeutung ihres Beitrags zu EU-Maßnahmen Rechnung trägt. In diesem Zusammenhang sollte die Entwicklung eines maßgeschneiderten Ansatzes für Partnerschaften mit den Westbalkanstaaten eine Priorität darstellen. So ist die Integration der Westbalkanstaaten in die EU nach wie vor ein strategisches Schlüsselziel, und es liegt im gemeinsamen Interesse der Union und der Region, deren weitere euro-atlantische Integration zu unterstützen. Aufbauend auf der Arbeit der Prioritätenagenda von Sofia 2018 und dem Non-Paper des Europäischen Auswärtigen Dienstes über das verstärkte Engagement der EU gegenüber den Westbalkanstaaten im Bereich der GASP und GSVP bietet der Strategische Kompass die Chance, ein verbindlicheres Engagement und einen vertieften Dialog mit der Region und den EU-Beitrittskandidaten zu verwirklichen;

11. heben hervor, dass **Cybersicherheit** mit der beschleunigten Entwicklung von Digitalisierung, Automatisierung und Robotik und der Einführung der künstlichen Intelligenz zu einer der wichtigsten Komponenten der globalen Sicherheit geworden ist. Wir betonen die Notwendigkeit, die Resilienz kritischer Infrastruktur und der Wirtschaft sowie die Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer von digitalen Technologien zu gewährleisten. Wir fordern, die Maßnahmen und Investitionen der EU zur Aufdeckung, Eindämmung, Anpassung, Steuerung und Verhütung sowie angemessenen Bekämpfung der immer häufiger und raffinierter auftretenden Cyberbedrohungen und -risiken zu verbessern. Wir unterstützen die Erarbeitung und Umsetzung von internationalen Cybersicherheitsstandards und -normen, um in der Lage zu sein, ein globales, offenes und sicheres Cyberspace sicherzustellen;

12. heben die Bedeutung der vollständigen Umsetzung des Austrittsabkommens zwischen der **EU und dem Vereinigten Königreich** sowie des Handels- und Kooperationsabkommens und des Protokolls zu Irland und Nordirland hervor, bei dem es sich um ein Abkommen handelt, das die Integrität des Binnenmarktes und die Unteilbarkeit der vier Freiheiten schützt und die negativen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dadurch begrenzt, dass es den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft Rechtssicherheit verschafft. Wir begrüßen die im Abkommen vorgesehene Einrichtung einer Parlamentarischen Partnerschaftsversammlung (*Parliamentary Partnership Assembly*) für Mitglieder der europäischen Parlamente und des britischen Parlaments. Wir äußern die Hoffnung, dass die außenpolitische Zusammenarbeit in Bereichen, die im beiderseitigen Interesse liegen, weiterentwickelt und gestärkt wird;

13. unterstreichen die Notwendigkeit, die **transatlantische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA** auf der Grundlage der gleichberechtigten Partnerschaft zu stärken. Wir betonen die Notwendigkeit der weltweiten Förderung gemeinsamer demokratischer Werte mit dem Ziel des Wiederaufbaus und der Wiederbelebung der multilateralen regelbasierten internationalen Ordnung, bei der das System der Vereinten Nationen im Zentrum steht und das Völkerrecht, das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen geachtet werden. Wir unterstützen vollumfänglich Synergien und gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Ziele durch die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit im Rahmen des transatlantischen Dialogs zwischen der EU und den USA und verpflichten uns, diese weiterzuverfolgen. In diesem Zusammenhang betonen wir den Wert der transatlantischen Zusammenarbeit für die Sicherheit und Stabilität der östlichen und südlichen Nachbarschaft der EU, der Westbalkanstaaten und des afrikanischen Kontinents und fordern diesbezüglich einen regelmäßigen Dialog und regelmäßige Konsultationen. Wir heben die Bedeutung der Förderung der gemeinsamen Resilienz gegenüber Cyber-Bedrohungen, der engen Zusammenarbeit bei der Nutzung neuer Technologien und künstlicher Intelligenz und die Notwendigkeit hervor, die Zusammenarbeit bei der Gesetzgebung zu vertiefen und stärkere Strukturen zu schaffen;

14. verfolgen aufmerksam die politischen Entwicklungen in **Russland**, die sich unmittelbar auf die Sicherheit der EU und ihrer direkten Nachbarschaft auswirken. Wir bekräftigen erneut, dass das Hauptinteresse der EU darin liegt, Freiheit, Stabilität und Frieden auf dem europäischen Kontinent und darüber hinaus zu bewahren. Wir heben hervor, dass eine engere Koordinierung, Zusammenarbeit und Geschlossenheit unter den EU-Mitgliedsstaaten vonnöten ist, um einen konstruktiven Dialog mit der russischen Regierung auf der Grundlage der fünf Leitgrundsätze aufrechtzuerhalten. Wir stellen fest, dass neben der traditionellen selektiven strategischen Auseinandersetzung mit der russischen Regierung der Dialog mit der russischen Zivilgesellschaft gefördert werden sollte, um positive Effekte auf die Entwicklung demokratischer Standards und Verfahren zu unterstützen;

15. bedauern, dass das Lukaschenka-Regime ein Jahr nach den gefälschten Präsidentschaftswahlen in **Belarus** seine Politik der brutalen Unterdrückung von Oppositionellen, unabhängigen Medien und Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft weiter fortsetzt. Wir verurteilen die Instrumentalisierung der irregulären Migration seitens des Regimes, die das Ziel hat, hybride Angriffe auf Polen, Litauen und Lettland durchzuführen und dadurch die Außengrenzen der Europäischen Union zu verletzen. Wir unterstützen die von der EU in Reaktion auf die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen in Belarus verhängten umfassenden restriktiven Maßnahmen. Wir bekräftigen erneut unsere geschlossene und uneingeschränkte Unterstützung der demokratischen Kräfte und der mutigen Menschen in Belarus in ihrem Streben nach Würde und Freiheit;

16. empfehlen, eine durchsetzungsfähigere, umfassendere und konsistentere **EU-China-Strategie** zu entwickeln, die alle Mitgliedsstaaten unter einen Hut bringt und die Beziehungen zu China im Interesse der EU als Ganzes gestaltet, wobei die Verteidigung unserer Werte und die Förderung einer regelbasierten multilateralen Ordnung im Mittelpunkt stehen. Wir unterstreichen, dass die Strategie dem vielfältigen Charakter der Beziehungen zwischen der EU und China Rechnung tragen muss. Wir heben hervor, dass China ein Kooperationspartner und strategischer Verhandlungspartner für die EU, zugleich aber auch in immer mehr Bereichen ein wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer Rivale ist. Wir schlagen vor, diese Strategie auf der Grundlage folgender Grundsätze zu entwickeln: offener Dialog und Zusammenarbeit bei globalen Herausforderungen, verstärktes Eintreten für universelle Werte, internationale Normen und Menschenrechte, Analyse und Identifizierung von Gefahren, Schwachpunkten und Herausforderungen, Aufbau von Partnerschaften mit gleichgesinnten Partnern insbesondere in der indopazifischen Region, Unterstützung der offenen strategischen Eigenständigkeit, auch in den Handels- und Investitionsbeziehungen, sowie Verteidigung und Förderung von europäischen Kerninteressen und -werten;

17. bekräftigen erneut, dass die Priorität der EU darin liegt, sich aktiv für die Wiederbelebung des **Gemeinsamen umfassenden Aktionsplans** (JCPoA) im Interesse der Sicherheit für Europa und die Region einzusetzen. Wir unterstreichen, dass der JCPoA für uns der einzige Weg ist, die besorgniserregenden nuklearen Aktivitäten des Iran zu stoppen. Wir fordern die neue iranische Führung nachdrücklich auf, unverzüglich alle Aktivitäten einzustellen, die einen Verstoß gegen den JCPoA darstellen, und schnellstmöglich an den Verhandlungstisch in Wien zurückzukehren, um diese Aktivitäten zu einem raschen und erfolgreichen Abschluss zu bringen;

18. fordern, Synergien und die Kohärenz zwischen allen rechtlichen und politischen Rahmen, auf denen die Beziehungen zwischen der **EU und Afrika** beruhen, weiter zu verstärken, um mithilfe einer langfristigeren, vielfältigeren und sektorübergreifenden Partnerschaft effektiver und nachhaltiger zu agieren. Wir heben hervor, dass es notwendig ist, den unmittelbaren Zusammenhang zwischen Sicherheit, Nahrungsmittelsicherheit und Gesundheit, Klimawandel und Migration effektiver zu berücksichtigen. Wir fordern die umgehende Ratifizierung des neuen Partnerschaftsabkommens zwischen der EU und den Mitgliedern der Organisation afrikanischer, karibischer und pazifischer Staaten (Cotonou-Nachfolgeabkommen). Wir erinnern daran, dass Afrika ein wichtiger Partner in multilateralen Foren ist, in denen wir die multilateralen Entscheidungsgremien reformieren müssen, um sie gerechter und repräsentativer zu gestalten, was für die Herbeiführung von Lösungen für unsere gemeinsamen globalen Herausforderungen entscheidend ist. Wir betonen, dass die EU eine strategische und langfristige Reaktion auf Chinas Initiative der „Neuen Seidenstraße“ entwickeln muss, der unsere von unseren afrikanischen Nachbarn artikulierten gemeinsamen Werte und Bedürfnisse zugrunde liegen sollten;

19. unterstützen die Solidarität und Bemühungen der EU-Mitgliedsstaaten und -Institutionen, die **Krisenreaktionsfähigkeit der EU** zu verbessern, vor allem in Anbetracht der zunehmenden Häufigkeit und Schwere von Naturkatastrophen und vom Menschen verursachten Katastrophen in den letzten Jahren, nicht zuletzt aufgrund der negativen Folgen des Klimawandels. Vor dem Hintergrund der aktuellen Katastrophen, beispielsweise der COVID-19-Pandemie, der Waldbrände in Griechenland, Italien und Spanien und des tödlichen Hochwassers in Belgien, Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden betonen wir die Bedeutung der Solidaritätsklausel, die der EU und ihren Mitgliedsstaaten ermöglicht, gemeinsam einem anderen Mitgliedsstaat zu helfen, der Opfer einer Naturkatastrophe oder vom Menschen verursachten Katastrophe ist;

20. betonen die Notwendigkeit, die vorhandenen **Krisenreaktionsmechanismen** zu verbessern, und fordern die Mitgliedsstaaten nachdrücklich auf, den bisherigen restriktiven Ansatz zur Umsetzung der Solidaritätsklausel zu überdenken. Wir sind der Auffassung, dass der entsprechende Ratsbeschluss betreffend die Umsetzung der Solidaritätsklausel unzureichend ist und keine ausreichende Grundlage dafür bildet, dass die EU und die Mitgliedsstaaten sich auf koordinierte Weise auf Naturkatastrophen oder vom Menschen verursachte Katastrophen vorbereiten bzw. in solchen Fällen auf koordinierte Weise handeln. Wir fordern die zuständigen EU-Institutionen auf, die derzeitige Struktur des Krisenmanagements der EU im Katastrophenfall zu überprüfen und über ihre Feststellungen zu berichten. Zu diesem Zweck und auf der Grundlage der militärischen Dimension der Solidaritätsklausel fordern wir die zuständigen EU-Institutionen auf, zu überprüfen, auf welche Weise die militärischen Fähigkeiten der Mitgliedsstaaten in ihre zivilen Krisenreaktionsfähigkeiten eingebunden werden und inwieweit diese in der gesamten EU genutzt werden können, falls ein Mitgliedsstaat die Solidaritätsklausel geltend macht.

Monika Gregorčič

Vorsitzende des Ausschusses für auswärtige Politik
Staatsversammlung der Republik Slowenien

Samo Bevk

Vorsitzender des Ausschusses für Verteidigung
Staatsversammlung der Republik Slowenien

Bojan Kekec

Vorsitzender des Ausschusses für internationale Beziehungen und europäische Angelegenheiten
Staatsrat der Republik Slowenien

David McAllister, MdEP

Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments
Leiter der EP-Delegation